

DIE NEUAUFLAGE DER GROSSEN KOALITION IN ÖSTERREICH

Christian Moser | Ilse Simma

Kaum jemand hätte am Vorabend des 1. Oktober 2006 ernsthaft darauf gewettet, dass die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) unter Alfred Gusenbauer nur eine Chance hätte, als Erste in der Wählergunst zu landen. Die amtliche Hochrechnung des Wahlabends bestätigte aber, was viele nicht vermutet hätten. Trotz des BAWAG-Skandals und der Person des SPÖ-Spitzenkandidaten Alfred Gusenbauer, der sich seit Jahren in der Kanzlerpräferenzfrage in einem Umfragedauertief befunden hatte, konnte die SPÖ die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen. Claus Raidl, Generaldirektor des großen österreichischen Unternehmens Böhler-Uddeholm, meinte angesichts dieser Wahlniederlage der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), wer reformiert, würde vom Wähler dafür bestraft werden. Wenn man sich die Wahlen in Europa in den letzten Jahren anschaut, dann bestätigt sich diese Vermutung Claus Raidls. Bei der Nationalratswahl stürzte die Kanzlerpartei ÖVP von 42,3 auf 34,3 Prozent ab und verlor damit den ersten Platz an die Sozialdemokratie, die 35,3 Prozent der Stimmen erlangte. Drittstärkste Kraft wurden mit elf Prozent erstmals die Grünen, die mit nur 532 Stimmen Vorsprung die Freiheitlichen überholten.

Die SPÖ schuldete ihren Sieg neben der latenten Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Reform- und Konsolidierungskurs von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel vor allem einer radikalen – für österreichische Verhältnisse einmaligen – Negativ-Kampagne gegen die Person des Bundeskanzlers und verfolgte damit wahlpolitisch laut dem Werber der SPÖ im Wahlkampf, Luigi Schober¹, zwei strategische Ziele:

- eine Rückholaktion bzw. Mobilisierung der SPÖ-Stammwähler und
- die Demobilisierung der ÖVP-Stammwähler.

Luigi Schober hatte schon Ende August in einem Profilvergleich für Aufregung gesorgt, als er den kommenden SPÖ-Wahlkampf als „pures Napalm“ gegen die ÖVP ankündigte.² Nach Schobers Daten waren 60 Prozent der Wähler mit Wolfgang Schüssel als Kanzler nicht zufrieden. Auch jeder fünfte ÖVP-Wähler war mit der Kanzlerschaft Schüssels unzufrieden. Und genau an diese zwei Zielgruppen adressierte Schober die Negativ-Wahlkampagne der SPÖ, um die Unzufriedenheit für die SPÖ zu kapitalisieren. Mit der Demobilisierungsstrategie – die darauf zielte, Wähler am Wahltag von der Stimmabgabe fernzuhalten – folgte die SPÖ im Nationalratswahlkampf 2006 der Empfehlung einer Studie von Harald Katzmaier aus dem Jahr 2001.³

TABUBRUCH DER POLITISCHEN KULTUR IN ÖSTERREICH

Die Sozialdemokratie versuchte, ein negatives Bild von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und der Bundesregierung zu zeichnen. Mit einer intensiven Attacke wurde die Person „Wolfgang Schüssel“ angegriffen. Diese Wahlkampfstrategie stellte in der österreichischen Wahlkampfgeschichte einen Tabubruch dar, weil intentional und systematisch eine untadelige Person diskreditiert wurde.

Als ein umstrittener Leserbrief von Hans Weiss⁴ („Brief über Pflegenotstand in Österreich“) in der Tageszeitung *Der Standard* erschien, in dem behauptet wurde, die Schwiegermutter von Wolfgang Schüssel werde durch eine illegal arbeitende Pflegerin umsorgt, wurde auch die Familie Wolfgang Schüssels in den Wahlkampf hineingezogen. Das ad personam Argument lautete, Schüssel lasse seine Schwiegermutter von Illegalen zum Hungerlohn pflegen.

Der SPÖ gelang es zudem, der ÖVP eine Mitverantwortung für den BAWAG-Skandal anzuhängen. Aufbauend auf den Argumentationssträngen „Taus besucht Elsner“⁵ und der „Bulgarienreise Schüssels“⁶ wurde der Eindruck erzeugt, die ÖVP würde eine Mitverantwortung für den BAWAG-Skandal tragen. Mit dieser Strategie erzielte die SPÖ den vom Kommunikationswissenschaftler McGuire entdeckten „Inokulationseffekt“. Inokulation ist eine Technik, wie das Publikum (in diesem Fall SPÖ-Wähler) gegen Propaganda resistent gemacht wird. Am wirksamsten sind laut McGuire dabei Botschaften, die sich mit den Gegenargumenten auseinandersetzen und dieselben entkräften. Das Wahlvolk behielt die Botschaft: Die BAWAG ist zwar ein roter Skandal, aber auch die bürgerliche ÖVP ist mitverantwortlich (oder zumindest nicht besser).

Inhaltlich setzten die Sozialdemokraten in ihrem Wahlprogramm und bei ihren Werbemitteln wie schon bei der Wahl 2002 auf die Themen Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Bildung, Pensionen und Eurofighter. Als positives Metathema konzentrierte sich die Sozialdemokratie auf das Thema Wohlstandsverteilung, als negatives Metathema brandmarkte die SPÖ die „schwarze Allmacht“ in der Republik Österreich. Das Ziel der Sozialdemokratie lautete, stimmenstärkste Partei zu werden. Das konnte – da die wechselbereiten Mittewähler durch den BAWAG-Skandal von der SPÖ unerreichbar waren – nur mittels massiver Stammwählermobilisierung auf SPÖ-Seite und Demobilisierung des ÖVP-Elektorats funktionieren. Ziel musste es sein, jeden fünften ÖVP-Wähler, der Schüssel nicht wollte, zum Nichtwählen zu veranlassen. Die SPÖ wollte sich mit den *Claims* „für Fairness“ und „Gusenbauer. Weil ER Wort hält“ als glaubwürdige Alternative zur ÖVP positionieren.

STRATEGIE DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

Die Volkspartei setzte auf einen Personen- statt auf einen Themenwahlkampf. Im Kanzlerduell Schüssel gegen Gusenbauer sollten der Amtsbonus und die guten wirtschaftlichen Kennzahlen der Republik den Ausschlag für Schüssel und die Volkspartei geben. Sechs Jahre nach der politischen Wende – vorher stellten die Sozialdemokraten dreißig Jahre lang den Bundeskanzler in Österreich – zog der Wahlkampf der Volkspartei daher eine Leistungsbilanz der letzten Legislaturperiode. Dabei wurden besonders die positive Grundstimmung im Land sowie die Person Schüssels betont. Inhaltlich forderte die ÖVP einen Abbau der Arbeitslosigkeit, eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung sowie mehr Budget für

Sicherheit, Forschung und Entwicklung. Als Negativthemen thematisierte die Volkspartei die Misswirtschaft der SPÖ bei der Gewerkschaftsbank BAWAG und beim Skandal des sozialdemokratischen Autofahrerclubs ARBÖ. Die ÖVP machte es zu ihrem deklarierten Ziel, den ersten Platz zu verteidigen und eine „rot-grüne“ Wende zu verhindern.

Die Strategie des Wahlkampfes mit dem *Claim* „vier weitere Jahre“ mit dem Team Wolfgang Schüssels war aus strategischen Überlegungen die erfolgversprechendste. Während der Bundeskanzler bei den Fernsehreden den Rezipienten einmal mehr seine Erfahrungen und staatsmännischen Fähigkeiten eindrucksvoll vermittelte, fiel der *Track Record* seines Teams (vor allem von Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrer und Finanzminister Karl-Heinz Grasser, die beide in der heftigen Kritik der Opposition standen) diesmal bei weitem nicht so gut wie 2002 aus.

Eine Stärke der NR-Kampagne war das harte, faktenorientierte *Permanent Campaigning* des ÖAAB (Österreichischer Arbeiter und Angestellter Bund, Teilorganisation der ÖVP) und vor allem von Generalsekretär Werner Amon gegen die Misswirtschaft des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Ergänzend dazu kommunizierte der ÖAAB mit dem Thema „Mitarbeiterbeteiligung“ auch ein starkes, emotional besetztes Thema.

Nach der schmerzlichen Niederlage und dem Rücktritt Wolfgang Schüssels übernahm der ehemalige Klubobmann Wilhelm Molterer die ÖVP, die als Juniorpartner der neuen Großen Koalition auf neue inhaltliche Schwerpunkte setzt.

INHALTLICHER NEUSTART MIT DEM PERSPEKTIVEN-PROZESS

Rund eine Woche nach der für die Österreichische Volkspartei schmerzlichen Niederlage in der Nationalratswahl 2006 beschloss der Bundespartei Vorstand der ÖVP, unter der Leitung von Landwirtschafts- und Umweltminister Josef Pröll eine „Perspektivengruppe“ ins Leben zu rufen. Während der Pressekonferenz sagte der Noch-Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel, dass es das Ziel sei, zeitgemäße Antworten auf brennende Zukunftsfragen zu finden – etwa in den Bereichen Ausländer und Integration, Generationen und Familienpolitik, Bildung und Arbeit, Energie- und Umweltpolitik. Dabei gehe es vor allem um die Schärfung des Blicks auf die Wirklichkeit. Aufbauend auf einer festen Wertebasis muss auch die Perspektive einer inhaltlichen Neuausrichtung möglich sein.

Modern und konservativ – ein Widerspruch?

Das Grundsatzprogramm der Volkspartei von 1995 formuliert diese Werte⁷: Die Österreichische Volkspartei ist die christdemokratische Partei Österreichs, die Partei der ökosozialen Marktwirtschaft, des entschlossenen Rechtsstaates und des weltoffenen Patriotismus. Das Menschenbild der ÖVP lässt sich sehr gut mit drei Schlüsselbegriffen beschreiben, die als Handlungsanleitung für die Politik verstanden werden: frei – sicher – sozial. In diesem Gedankendreieck sollte sich ein modern-konservativer Politiker bewegen.

Der Freiheitsbegriff im modernen Konservatismus einer christdemokratischen Partei bedeutet in erster Linie „befreien statt beherrschen“. Die Freiheit, den eigenen Lebensweg wählen zu können, ist ein menschliches Grundbedürfnis. Diese Wahlfreiheit zu fördern, zu stärken und auszubauen, ist das Ziel der ÖVP. Politik muss den Menschen immer wieder Chancen eröffnen, ihnen die nötigen Fähigkeiten, den Mut für und die Lust auf diese Möglichkeiten vermitteln und Chancen aufzeigen, sich zu entscheiden, wie das eigene Leben gestaltet sein soll. Mut zur Freiheit zu beweisen bedeutet aber auch, Verantwortung für seine Entscheidungen zu tragen. Ein freies Leben zu führen bedeutet, ein hohes Maß an Verantwortung für sich selbst, aber auch für sein Umfeld zu übernehmen.

Sicherheit im Konservatismus ist breit gefächert. Im übertragenen Sinn steht sie für Verlässlichkeit. Verlässlichkeit einerseits den eigenen Werten treu zu bleiben, den Kurs zu halten. Mit einem Wort: Nicht beliebig zu sein. Nur so nehmen die Menschen die Politik als zuverlässigen Partner wahr und an. Andererseits ist es der Auftrag, für die klassische Sicherheit im Alltag zu sorgen. Eine der dringlichsten Aufgaben ist, die Menschen vor Kriminalität, Armut und vor Hilflosigkeit im Alter oder Krankheitsfall zu schützen. Auch die Sicherung des guten Gesundheitswesens gehört zu dieser Alltagssicherheit. Für alle diese Aspekte gilt: Sicherheit kann nur gewährleistet werden, wenn Menschen aufeinander Rücksicht nehmen, einander achten, einander helfen und füreinander Verantwortung übernehmen. Bei der Sicherheit bekennen sich moderne Konservative zu einem leistungsfähigen, starken Staat, der mit seinem Gewaltmonopol verantwortungsbewusst und effektiv im Sinne der Menschen umgeht.

Es ist Aufgabe der Politik, dem Auseinanderdriften der Gesellschaft in Gewinner und vermeintliche Verlierer entgegenzuwirken sowie Armut und

sozialer Ausgrenzung vorzubeugen. Jede Hilfe muss zuerst Hilfe zur Selbsthilfe sein. Das soziale Netzwerk muss so dicht geknüpft sein, dass all jene, die die Hilfe des Staates oder der Gesellschaft brauchen, diese auch erhalten. Die Solidarität in der Gesellschaft ist aber nicht als Hängematte misszuverstehen, sondern als Trampolin in eine unabhängige Zukunft zu nutzen. Es muss die Gewissheit geben, dass sich Leistung und Arbeit lohnen. Es muss die Gewissheit geben, dass all jenen geholfen wird, die die Veränderungen nicht aus eigener Kraft bewältigen können.

Wer wir sind und was wir wollen

Mit dem Perspektivenprozess hat sich die ÖVP die Aufgabe gestellt, sich außerhalb der Parteistrukturen bewusst und mit allem Risiko einer öffentlichen und breiten Diskussion zu öffnen. Sechzehn Impulsgruppen zu den Themen Arbeit, Bildung, Europa, Familie und Kinder, Frauen, Generationen, Gesundheit, Kultur und Medien, Lebensräume, Mittelstand, Politik und Bürger, Sicherheit, Soziales, Umwelt und Lebensqualität, Wirtschaft und Globalisierung, Wissenschaft und Forschung haben sich im Laufe eines Jahres dieser Diskussionsarbeit verschrieben. Mehr als 10.000 Menschen haben substantielle Ideen geliefert, Impulse gesetzt und mitdiskutiert. Eine Million Zugriffe auf die Perspektiven-Plattform bestätigen die Sehnsucht nach Diskussion und Bewegung: Nach Jahren eines vor allem durch die Regierungsarbeit bedingten Pragmatismus muss sich die Partei wieder stärker, erkennbarer und intensiver an den eigenen Grundsätzen orientieren.

Wir haben verstanden

In einem umfassenden Papier⁸ zieht der Leiter der Perspektivengruppe, Bundesminister Josef Pröll, seine Schlüsse aus den Fragen, die während der Perspektivenarbeit gestellt wurden: Was verbindet die ÖVP im Inneren? Wofür steht die Volkspartei? Was unterscheidet sie von den anderen politischen Mitbewerbern?

In diesen Schlussfolgerungen plädiert die Perspektivengruppe für einen „ausbalancierten Dreiklang des Engagements der ÖVP“: Gerechtigkeit und Chancen für jeden Menschen, Sicherheit im doppelten Sinne – als Antwort auf die globale soziale Frage und mit Null-Toleranz in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit zur Wahrung österreichischer Interessen. Die ÖVP soll sich als eine aufgeschlossene Partei präsentieren, die ihrem Handeln das Prinzip der Nachhaltigkeit zu Grunde legt.

Für die Perspektivengruppe bedeutet Politik für die Zukunft mehr, als nur die sozialen Errungenschaften der Vergangenheit zu verteidigen – die Gerechtigkeitsfrage stellt sich in jeder Generation neu. Auf Basis dieser Erkenntnis definiert die Perspektivengruppe über 230 konkrete Zukunftsprojekte: vom steuerlichen Familiensplitting über das klare Bekenntnis zum Leben bis zu Vorschlägen zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, Mehrheitswahlrecht und E-Voting, die Österreich-Card als Antwort auf Zuwanderungsfragen, kein Abschluss ohne Anschluss in der Bildungspolitik, Gratis-Laptops für Schülerinnen und Schüler, Kindergärten als erste Bildungseinrichtung, Förderung des „Vier-Jahreszeiten-Tourismus“, Ausweitung der Bildungskarenz, die Internationalisierung österreichischer Unternehmen und vieles mehr.

Die Umsetzung erfolgt dabei auf dem Weg der Mitte: Er versucht, alte Werte und neue Wirklichkeiten zusammenzubringen. Er versucht, Wohlstand und soziale Sicherheit in einer veränderten Welt zu schaffen und bei allem den Gedanken der Nachhaltigkeit nicht aus den Augen zu verlieren. Mit diesem Weg der Mitte erteilt die Perspektivengruppe jeglicher Form eines Rechts- oder Linkspopulismus eine klare Absage.

Die Perspektivengruppe will die christlich-sozialen Wurzeln der Volkspartei wieder sichtbar machen, denn die Kraft des Konservativen besteht „nicht darin, zu bewahren, was sich bewährt hat“. Sie zeigt sich vor allem darin „Neues zu schaffen, das es verdient, bewahrt zu werden“.¹⁰ Moderner Konservatismus, so gelebt, ist keine Ideologie, sondern versucht, seine Ideale täglich in der Praxis zu leben.

„Aus der Mitte des Volkes. An der Seite der Menschen. Auf der Höhe der Zeit“¹¹ – so beschrieb Perspektivengruppenleiter und Bundesminister Josef Pröll die Positionierung der österreichischen Christdemokratie. Bundesparteiobmann Vizkanzler Wilhelm Molterer sieht die Erkenntnisse aus dem Perspektivenprozess als klaren Umsetzungsauftrag für die ÖVP. Sie sollen in die politische Arbeit der ÖVP einfließen. Bereits umgesetzt sind zum Beispiel die Ausweitung der Bildungskarenz, der Wegfall der Gebühren bei der Geburt eines Kindes und – europaweit als erstes Land – die Senkung des Wahlrechts auf 16 Jahre.

UND DIE ÖSTERREICHISCHE SOZIALDEMOKRATIE?

Seit SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer 2001 den Begriff der „solidarischen Hochleistungsgesellschaft“ in der Opposition geprägt hatte, hörte man von der heimischen Sozialdemokratie programmatisch wenig Substantielles. Auch und vor allem als Kanzlerpartei. Es bleibt abzuwarten, ob sich Österreichs Sozialdemokraten weiterhin hinter traditionellen Werten verschanzen oder ob es ihnen gelingen wird, eigenständige und zeitgemäße Interpretationen sozialdemokratischer Politik zu formulieren. Aus demokratiepolitischer Rason wäre der heimischen Sozialdemokratie auf jeden Fall eine programmatische Erneuerung und inhaltliche Öffnung zu wünschen. Vereinfacht zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Sozialdemokratie auch im Jahre 2008 nach wie vor etatistisch argumentiert und die Konzepte des *Deficit-Spender*-Vordenkers Keynes nach wie vor für der volkswirtschaftlichen Weisheit letzten Schluss hält.

Das Staatsverständnis der Sozialdemokratie lässt sich am besten mit dem Begriff „paternalistischer Versorgungsstaat“ umschreiben. Werte wie Eigenverantwortung scheint der gelernte Sozialdemokrat nach wie vor für „neoliberales Teufelswerk“ zu halten. Der Staat wird hier als Dienstleistungsunternehmen und als nationale Versicherungsanstalt mit der Hauptaufgabe der Umverteilung definiert.

Immer wieder verblüfft die grenzenlose Staatsgläubigkeit der Sozialdemokratie, die sich im Zweifelsfall in folgende Formel gießen lässt: Einfach Steuern erhöhen, wenn der Staat Geld braucht. Die Sozialdemokratie als Kanzlerpartei lässt jeden Willen zur nachhaltigen Gestaltung des Gemeinwesens vermissen, sie besitzt mit Karlheinz Bohrer „keinen Willen zur Macht. Nicht zu wollen heißt hierzulande nunmehr vor allem eines: Reduktion von Politik auf Sozialhilfe. Sozialpolitik wäre schon zuviel gesagt.“¹² Aber es kommt noch dicker. Auf der symbolischen Ebene inszeniert sich die Regierungspartei Sozialdemokratie bisweilen wie eine Oppositionspartei. Niemand verkörpert diese aktuelle Tendenz der österreichischen Sozialdemokratie besser als Sozialminister Buchinger.

Bundesminister Buchinger wird von den Wählern zwar als sozial engagiert und für Sozialpolitik zuständig beschrieben. Die Bewertung seines Arbeitsstils wird einerseits als „idealistisch mit ideologischem Standpunkt“¹³, andererseits auch als umsetzungsschwach bezeichnet: Dabei wird moniert, dass generell Versprochenes nicht umgesetzt werde und

bloße Ankündigungspolitik bleibe. Außerdem vertritt Buchinger eine Art Klassenkampf light: „Er möchte alles Gratis haben und zwar auf Kosten jener, die mehr haben.“ Diese Ankündigungspolitik wird gleichzeitig auch als Erklärung für seine ausschweifende mediale Inszenierung verwendet. Impliziter Subtext ist der Vorwurf, dass Buchinger politische Themen nur wegen seiner „Mediengeilheit“ besetze, wobei sein öffentlicher Friseurbesuch (inszeniert als Charity-Haarschnitt) für einen guten Zweck negativ und als gekünstelt bewertet wird. Mit dieser Medienwirksamkeit ist ihm aber die Thematisierung dieses Politikfeldes gelungen („hat da ein bisschen einen Wirbel reingebracht“), aber Buchingers Art der Medienarbeit ruft entgegengesetzte Bewertungen hervor – gleichermaßen Zustimmung und Ablehnung, kaum neutrale. Auf der sachlichen Ebene wird aus seiner Salzburger Amtszeit – Buchinger war vorher Landesrat für Soziales im Bundesland Salzburg – Durchsetzungsfähigkeit vermisst. Buchinger sei einer, der „gerne mehr machen würde, dem aber die finanziellen Mittel“ fehlen.

DAS DILEMMA DER SPÖ IN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Buchinger steht damit paradigmatisch für die Entwicklung und das strategische Dilemma der österreichischen Sozialdemokratie. Gleichwohl die Sozialdemokraten den Kanzler stellen, inszenieren sie sich als Oppositionspartei, die „hilflos“ den Entwicklungen von Globalisierung und Internationalisierung ausgeliefert sei. Ängstlich wird die passive Frage „was wird mit uns geschehen“ gestellt, anstatt die Probleme des Landes mit der Frage „was sollen wir tun“ aktiv anzugehen.

Dass SPÖ und Wirtschaft nicht wirklich zusammenpassen, hat in Österreichs Zweiter Republik eine lange, unrühmliche Tradition. Im November 2003 hat der Vorsitzende der SPÖ, Alfred Gusenbauer, sein „Kompetenzteam Wirtschaft“ gegründet. Ziel war es unter anderem, ein neues Wirtschaftsprogramm zu erarbeiten.¹⁴ Der Ende 2004 erarbeitete Entwurf stelle „eine gute Grundlage dar, damit Österreich aus niederem Wachstum und Arbeitslosigkeit herauskommt“, so Gusenbauer damals.¹⁵ Mittlerweile ist es um dieses „Programm“ sehr leise geworden. Auch die Liste der „Experten“ ist still und heimlich von den verschiedenen, der SPÖ zuzuordnenden Internetseiten verschwunden. Aus guten Gründen: Mit Kompetenzteam-Mitgliedern wie Ex-BAWAG-Generaldirektor Johann Zwettler oder Ex-ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch könnte man die

Öffentlichkeit von der „Wirtschaftskompetenz“ der SPÖ nicht wirklich überzeugen. Zwettler hat inzwischen im BAWAG-Prozess ein Teilgeständnis abgelegt. Gute Nacht Österreich, wenn solche Leute den Wirtschaftskurs im Land bestimmt hätten!

Dass die SPÖ von Wirtschaften nichts versteht, zeigt sich nun auch an der aktuellen finanziellen Malaise der Wiener Gebietskrankenkasse. Die Zahlungsunfähigkeit droht – und wiederum wird die Allgemeinheit, werden andere als die Verantwortlichen – die der SPÖ zuzurechnenden Manager – dafür zahlen müssen, damit die Gesundheitsversorgung intakt bleibt. Die rote Linie, die sich durch Österreichs Wirtschaftsgeschichte zieht, ist lang und teuer: Verstaatlichtenkrise, Konsumpleite, Bank Burgenland, BAWAG-Krimi, ÖGB-Skandal – und jetzt die konkursreife Wiener Gebietskrankenkasse. Die SPÖ mit Politikern wie Bundesminister Buchinger hat nach wie vor nicht begriffen, dass Wirtschaften nicht bloß hemmungsloses Ausgeben heißt. Daher sind auch Zweifel an der vermeintlichen „Sozialkompetenz“ der SPÖ angebracht, weil Sozialkompetenz immer auch hohe Wirtschaftskompetenz erfordert. Schulden und finanzielle Krisen verursachen und dann die Allgemeinheit dafür zahlen zu lassen – das ist höchst unsozial.

- 1] ORF 2: Zeit im Bild 3 vom 3. Oktober 2006, Studiogast: Alois Schober (Young & Rubicam/SPÖ-Werbeagentur NRW 2006).
- 2] Vgl. u.a. Jaschke, Bruno: Die Wahlschlacht. In: Extradienst. Informationen für die Kommunikationsbranche vom 8. September 2006. – http://www.extradienst.at/jaos/page/main_archiv_content.tmpl?ausgabe_id=101&article_id=18767 [22. Januar 2008].
- 3] „Auszug aus der Studie: Wahlen werden nur dann gewonnen, wenn es gelingt, die Wählergruppen der anderen Parteien zu demobilisieren, interessierte Wechselwähler aber zu mobilisieren. Finanzminister Karl-Heinz Grasser, Bildungsministerin Elisabeth Gehrler und Bundeskanzler Schüssel – diese Politiker entweder positiv vereinnahmen oder versuchen nachhaltig politisch zu desavouieren.“ In: Der Standard vom 14./15. Dezember 2002, S. 8.
- 4] Der freie Journalist Weiss prangerte in einem offenen Brief in der Tageszeitung Der Standard vermeintliche Notstände in Österreichs Pflegepolitik an. Es spricht einiges dafür, dass dieser Brief integrierter Teil der SPÖ-Wahlkampagne war, auch wenn Weiss immer davon sprach, aus überparteilichen Motiven diesen Brief verfasst zu haben. Vgl. Weiss, Hans: Brief über Pflegenotstand in Österreich. In: Der Standard vom 19./20. August 2006.
- 5] In der dritten Augustwoche 2006 wurden im Onlineportal www.news.at Bilder veröffentlicht, auf denen zu sehen war, wie der Industrielle und ehemalige ÖVP-Obmann Josef Taus den ehemaligen BAWAG-Generaldirektor und Haupt-

verdächtigen im BAWAG-Skandal Helmut Elsner in seinem Haus in Frankreich besuchte. Gegen Elsner lief zu dieser Zeit ein Auslieferungsverfahren, das er aufgrund einer vermeintlichen Herzkrankheit verzögerte. Das Foto suggerierte – ähnlich wie das Foto mit Helmut Elsner und Wolfgang Schüssel – eine diffuse Mitverantwortung der ÖVP über die bloße Tatsache eines gemeinsamen Fotos mit einem ÖVP-Funktionär.

- 6] Auf Einladung des Klavierherstellers Bösendorfer besuchte Kanzler Schüssel Bulgarien. Diese Einladung wurde von der Opposition im Wahlkampf angegriffen. Als Illustration dieser Geschichte kursierte ein Foto mit Bundeskanzler Schüssel und BAWAG-Generaldirektor Helmut Elsner vor einem Bösendorfer Flügel, das suggerierte, die Person Schüssel sei über die punktuelle Bekanntschaft mit Helmut Elsner in den Skandal um die BAWAG verwickelt.
- 7] ÖVP: Grundsatzprogramm. Beschlossen am 30. ordentlichen Parteitag der Österreichischen Volkspartei am 22. April 1995 in Wien. – <http://www.oevp.at/download/000298.pdf> [22. Januar 2008].
- 8] Vgl. Pröll, Joseph: Perspektiven für Österreich – Perspektiven für die Menschen. Die ÖVP denkt vor: Perspektiven 2010. Ideen, Impulse, Ziele. – <http://www.zukunft.at/Common/Downloads/ergebnispapier.pdf> [22. Januar 2008]. Abbildung des gesamten Diskussionsprozesses auf www.perspektiven2010.at.
- 9] Ebd., S. 6.
- 10] Ebd., S. 62.
- 11] Ebd.
- 12] Bohrer, Karlheinz: Kein Wille zur Macht. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 61 (2007) 700, S. 659-667; hier: S. 666.
- 13] Antworten aus einer internen Meinungsumfrage über die Imagewerte österreichischer Regierungspolitiker (Moser, Christian: Imageprofile österreichischer Kommunal- und Bundespolitiker. – Unveröffentlichte Studie. – Wien, 2007).
- 14] SPÖ: Es muss wieder aufwärts gehen! Arbeit, Leistung, Sicherheit. Das Wirtschaftsprogramm, beschlossen am 38. ordentlichen Bundesparteitag – 29. und 30. November 2004. – http://www.spoe.at/bilder/d251/wirtschaft_web1.pdf. [22. Januar 2008].
- 15] Die Äußerung befand sich auf www.startklar.at/www/page_14612.html-15k [4. August 2006].